

FORMELSAMMLUNG ZUR "DREI WELTEN" - POLITIK
(Attribute, Zielvorgaben, Lehren der Vergangenheit und Strategien)

Oskar Weggel

Der nachfolgende Beitrag wurde vom Autor ursprünglich für sein im Herbst 1976 bei Kohlhammer erscheinendes Werk über die "Außenpolitik der VR China" geschrieben. Da jedoch bereits der "Allgemeine Teil" die vorgegebene Seitenzahl zu sprengen drohte, mußte auf den "Besonderen Teil" verzichtet werden, der nun hier - in C.a. - gleichsam "ersatzweise" erscheint.

In dem ursprünglich geplanten Vorwort zum Buch sollte u.a. folgender Passus abgedruckt werden, der gleichzeitig den Stellenwert und die Methode der nachfolgenden Ausführungen erläutert:

"Der Autor hofft, daß mit dem vorliegenden Buch eine Analyse entstanden ist, die es dem Leser ermöglicht, chinesische Außenpolitik zu "verstehen". Der Allgemeine Teil, in dem die Strukturen und Mechanismen der Außenpolitik freigelegt werden, ist deshalb besonders breit ausgefallen. Der Besondere Teil soll demgegenüber nur Streiflichter - ohne volle Ausleuchtung der Einzelheiten - geben. Die Darstellung hätte sich hier mühelos auf das Zehnfache ihres Umfanges ausweiten lassen. Der Autor rechtfertigt seinen "Mut zur Lücke" damit, daß er auf die bereits erwähnten Beiträge in den Jahrgängen 1972 - 1976 in "CHINA aktuell" verweist, wo ein weiterer Fächer von Details ausgebreitet ist.

Die einzelnen Kapitel im Besonderen Teil folgen einem vierteiligen Schema, in dem die Attribute des betreffenden Landes, die daraus resultierenden Zielvorgaben Chinas, die Lehren der Vergangenheit und die chinesischen Strategien beschrieben werden. Gerade der Verzicht auf Einzelheiten - und die Verwendung bloßer "Netzhautbilder" - soll umso deutlicher die großen Raster hervortreten lassen, innerhalb derer sich die Außenpolitik Chinas in überschaubarer Zukunft voraussichtlich bewegen wird."

A. China und die Länder der "Ersten Welt"

I. CHINA UND DIE SOWJETUNION

1. Die Attribute der Sowjetunion aus chinesischer Sicht

a) bis 1957: Sozialistischer Partner und Freund Nr. 1; seit 1968/69: "Sozialimperialismus, Supermacht, Hegemonialmacht, Land der Ersten Welt". Globale Hegemoniebestrebungen an den verschiedensten Fronten, z.B.

- bei den internationalen Konferenzen (Forderung nach "Freiheit der Meere", in Wirklichkeit Verteidigung des Status quo gegenüber den neuauftretenden Ländern der Dritten Welt; "Entspannungs-Heuchelei" als Mittel der Irreführung angesichts steigender Aufrüstung etc.);
- gegenüber Europa ("Scheinmanöver im Osten, wirklicher Angriff im Westen" mittels Truppenaufmarsch und Konferenzstrategie, z.B. KSZE und MBFR);
- gegenüber dem Mittleren Osten (Zulassung einer großangelegten Emigrationswelle sowjetischer Juden nach Israel; Gewinne durch Waffenverkäufe, "Kontrolle" der Mittelost-Länder durch "Hilfe" etc.);
- gegenüber Japan: Militärische Bedrohung des Inselstaates, Nichtrückgabe der vier Nord-Kurileninseln, permanente Verhaftung japanischer Fischer;

- Erzielung umfangreicher Profite durch Spekulationen auf dem internationalen Markt (Ausnutzung der Erdölkrise; Hochtreiben des Getreidepreises auf dem Weltmarkt durch egoistische Einkäufe; Weiterveräußerung billig erworbener Rohstoffe zu überhöhten Preisen);

- Spionageaktivitäten in allen Teilen der Welt (1).

b) Die Sowjetunion als gefährlichster "Einkreiser" der VR China:

In Asien verfolgt die Sowjetunion aus Pekinger Sicht folgende antichinesische Ziele:

- Auf dem indischen Subkontinent: Unterstützung der schrittweisen Ausdehnung des indischen Einflusses auf die Nachbarstaaten Pakistan, Bangla Desh und Afghanistan. Unterstützung der Annektion Sikkims durch Indien (1975). Unterminierung des zeylonischen "Plans einer Friedenszone im Indischen Ozean" durch Entsendung umfangreicher Marineeinheiten; Spaltung Pakistans; Suche nach Marinebasen im Indischen Ozean).
- In Indochina: Ein starkes Vietnam, das womöglich auch die Herrschaft über Laos und Kambodscha antritt. China wünscht an seiner Südflanke eine "Balkanisierungs-Lösung", die Sowjetunion dagegen eine durch Hanoi herbeizuführende "Gesamt-indochina-Lösung".

- In Asien insgesamt: ein kollektives Sicherheitssystem (KSA). Peking sieht in der - von Breschnew erstmals 1969 vorgeschlagenen - KSA einen Versuch Moskaus, als "neuer Gendarm" in Asien aufzutreten, den Einfluß der USA, dem früheren Hauptinitiator einer Einzäunung (Containment) Chinas, abzulösen, einen "asiatischen Warschauer Pakt" aufzuziehen und hegemonistischer "Oberherr" über Asien zu werden (2).
 - An Chinas Nord- und Nordwestgrenze: Umfangreiche militärische Vorbereitungen, u.a. auch auf dem Gebiet der Mongolischen Volksrepublik.
 - Im Indik und Pazifik: Ausbau einer "bogenförmigen Seeroute", die vom Schwarzen Meer bis Wladjwostok reicht, fünf Meere durchläuft (Mittelmeer, Rotes Meer, Indik, Südchinesisches Meer, Westpazifik), drei Erdteile miteinander verklammert (Europa, Afrika, Asien) und durch Marinebasen flankiert werden soll (Einkreisungstrauma Chinas!).
- c) Die Sowjetunion als Bannerträger des "Revisionismus": Peking, das keine "zwei Sonnen" am ideologischen Himmel dulden möchte, benennt folgende Hauptmerkmale der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion:
- Verwandlung der ursprünglich sozialistischen Produktionsverhältnisse in einen von der neuen privilegierten "Bourgeoisie" kontrollierten staatsmonopolistischen Kapitalismus, der im Interesse von Maximalprofiten immer mehr kapitalistische Gesetze (materielle Anreize: "Gulasch-Kommunismus", Profit als oberstes Kriterium, Libermann-Reformen, Zunahme des privaten Nebenerwerbs und der "Freien Märkte") einführt.
 - Das sozialistische System des Eigentums an Produktionsmitteln sei nur noch Fassade. In Wirklichkeit übe eine Handvoll Angehöriger der privilegierten bürokratischen Bourgeoisie ("neue Klasse") das Eigentum an den Produktionsmitteln aus.
 - Infolge dieser Entwicklungen komme es unvermeidlich zur Verschärfung der sozio-ökonomischen "Widersprüche" und zu inneren Schwierigkeiten, die dann letzten Endes nicht nur zur Ausplünderung des eigenen Volkes, sondern auch anderer Nationen führten ("Sozialimperialismus", manifest geworden in der Breschnew-Doktrin von der eingeschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten, ferner in der "internationalen Arbeitsteilung" des COMECON; in der Aggression gegen die CSSR; in der Verletzung der chinesischen Grenzen und vor allem in den ständigen Aufrüstungsbemühungen (3). Die neuen "kapitalistischen Produktionsverhältnisse" (Eigentum, Klassenstruktur) determinierten m.a.W. eine neue sowjetische Außenpolitik, die dualistisch ("Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat"), nationalistisch (internationale Zielsetzungen geraten in Vergessenheit) und rein pragmatisch (also prinzipienlos) geprägt sei.
- d) Die Sowjetunion als Wirtschaftsmacht, die Maschinenteile für Investitionsprojekte nachbeschaffen kann, welche - im Zeichen der Freundschaft - bis 1960 geliefert worden waren.

2. Die Ziele Chinas gegenüber der Sowjetunion

- a) Systematischer "Anti-Hegemonismus"; Verhinderung einer "verschwörerischen Zusammenarbeit" der beiden Supermächte, wobei sich eine beschränkte Annäherung an die - wegen ihres kapitalistischen Charakters ohnehin dem Untergang geweihten - USA

als momentan beste Lösung anbietet.

- b) Kampf gegen die sowjetischen Einkreisungsversuche: "Vorbereitung auf den Kriegsfall" in China selbst, ferner durch Unterstützung von Aufständischen in Ländern, die mit der Sowjetunion kooperieren (Linke Strategie), und durch Bildung einer "Anti-KSA-Front" in Asien (Rechte Strategie).
- c) Systematische und permanente Kritik an allen Erscheinungsformen des "sowjetrevisionistischen Renegatensystems"; das "Sündenregister" der "Neuen Klasse" ist auch der sowjetischen Bevölkerung ständig vor Augen zu halten (durch Radiodiplomatie etc.)
- d) Substitutionshandel (Ersatzteile für ehemals gelieferte sowjetische Maschinen)

3. Die Lehren der Vergangenheit

Das Verhältnis zur Sowjetunion bestimmt die Makrophasen der chinesischen Außenpolitik.

- a) 1949-1957: Die Volksrepublik China lehnte sich sofort nach 1949 "auf eine Seite hin", obwohl Stalin stets auf einen Sieg Chiang Kai-sheks gesetzt (Fernziel: ein balkanisertes, durch "Teile und Herrsche" manipulierbares China) und überdies mithilfe des Komintern-Apparats den Führungsanspruch Mao Tse-tungs viele Jahre hindurch in Frage gestellt hatte. Peking "schluckte" die "ungleichen" Verträge von 1950 (es mußte sich u.a. die Selbständigkeit der Äußeren Mongolei gefallen lassen), trug die Folgelasten der sowjetischen "Hilfe" im Koreakrieg und erlebte sowjetische Spaltungsversuche (Kao Kang-Affäre).

- b) 1958-1968: Auch nach dem Tode Stalins keine "brüderliche Solidarität" der Sowjetunion, z.B.

1958: keine Quemoy-Hilfe

1959/60 Moskau stellt sich im chinesisch-indischen Grenzkonflikt auf die Seite Neu Delhis

1959: Chruschtschow verhandelt in Camp David ohne vorherige Konsultation der Chinesen.

1960: Überraschender Rückzug sämtlicher sowjetischen Techniker aus China (Hunderte von "Entwicklungsruinen" bleiben zurück).

Bis 1957 war China dem Sowjetmodell gefolgt (Erster Fünfjahresplan!). Wichtigste Marksteine auf dem Wege der Emanzipation von Moskau waren: die "Politik der Drei Roten Banner" (Volkskommunalebewegung, Generallinie des sozialistischen Aufbaus, Politik des Großen Sprungs), ferner die Entwicklung einer eigenen Kern- und Raketenrüstung (erste A-Bombe 1964), die "Sozialistische Erziehungsbewegung auf dem Lande" (1963/65), die Verweigerung einer sino-sowjetischen Aktionseinheit im zweiten Indochina-Krieg (1964 ff.) und schließlich die Kulturrevolution, bei der sowjetische Einflüsse in der Person des "Erzrevisionisten Liu Shao-ch'i" bekämpft wurden. Der XX. und XXII. Parteitag der KPdSU mit seinen "revisionistischen" Thesen (Vermeidbarkeit von Kriegen, friedlicher Übergang vom Sozialismus auf parlamentarischem Weg, Entstalinisierung) führte zur entscheidenden sino-sowjetischen Ideologieauseinandersetzung von 1963/64. China elaboriert folgende Differenzen:

- Diamat: Weitaus konsequentere Handhabung der Dialektik in China

- Histomat: Starke Betonung des Überbauelements

- Politökonomie: Wenig Streitpunkte, da im chinesischen Schrifttum vergleichsweise "unterentwickelt"

- Politische Lehren: a) beim Übergang vom Kapitalismus zum

Sozialismus: unvergleichlich stärkere Rolle der Bauern

gebremste Rolle der Partei (später - während der Kulturrevolution - sogar Zerschlagung des Parteiapparats); bewaffneter Kampf als höchste Form der Revolution. b) Lehre vom Sozialismus: permanenter Klassenkampf und Diktatur des Proletariats, auch im sozialistischen Stadium; lebhaft Betonung der "Drei Arbeitsstile" (engste Verbindung von Kadern und Massen, Theorie und Praxis, Kritik und Selbstkritik); "Mobilisierungs"- statt "Industrialisierungs"-Strategie (z.B. "Großer Sprung", Kulturrevolution etc.); forciertes Ausgleich der "Drei Drei Großen Widersprüche" (zwischen Stadt und Land, Arbeitern und Bauern, Kopf und Hand), also stark egalitäre Tendenzen (4).

c) "Die 'zweite sino-sowjetische Eiszeit' beginnt 1968/69 (Prag, Verkündung der Breschnjew-Doktrin von der beschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten, Ussuri-Gefechte): Moskau wird damit aus chinesischer Sicht zur sozialimperialistischen "Supermacht" mit hegemonialen Zielen auch gegenüber der Volksrepublik China.

Kopfzerbrechen bereitet nun vor allem das KSA, in dem China einen Versuch Moskaus sieht, das durch den Abzug der USA geschaffene asiatische "Vakuum" neu aufzufüllen ("Während der Wolf durch die Vordertür verschwand, kam der Tiger durch die Hintertür herein" (5)), und der weitere Ausbau der "bogenförmigen Seeroute", deren Spur Peking systematisch mit "Stolperdrähten" auszulegen beginnt: China knüpfte (1971 ff.) Beziehungen mit solchen Staaten an, die entlang der "Route" liegen, nämlich im Mittelmeer mit dem Griechenland der Obristen, mit dem Äthiopien Kaiser Haile Selassie's, mit der Türkei, mit dem Sudan (umfangreiche Waffenlieferungen 1972) sowie mit Tansania und Sambia (Tansam-Bahn!). Weitere "geopolitisch wichtige" Partner: Sri Lanka (Peking unterstützt den zeylonischen Plan einer "Friedenszone im Indischen Ozean"- ohne Supermächte!) und Mauritius (wichtige Zwischenstation auf der Seereise vom Kap der Guten Hoffnung zur Malacca-Straße).

Peking befürwortet ferner seit 1972 den Plan der Länder Malaysia, Singapur und Indonesien, die Malacca-Straße zu "nationalisieren", um damit die Durchfahrt durch das ostasiatische Nadelöhr - vor allem für (sowjetische!) Kriegsschiffe zu erschweren.

Auf derselben Linie befürwortet Peking eine starke ASEAN (Mitglieder: Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand und Singapur) und hätte auch nichts gegen deren Ausdehnung auf neun Mitglieder (Birma, Laos, Kambodscha und Vietnam) einzuwenden. Aus chinesischer Sicht könnte ein durch Garantieerklärungen der Großmächte neutralisierter Südostasienblock - eine Art überdimensionales Österreich in Südostasien - zur wirksamen Interessengemeinschaft gegenüber sowjetischen Hegemonie-Ambitionen werden (6).

4. Chinesische Strategien gegenüber der Sowjetunion

Waren die sino-sowjetischen Beziehungen von 1949 bis 1957 durch den "Drehtüreneffekt" (in der Außenpolitik engste Koordination, in der Innenpolitik Übernahme des sowjetischen Modells: Erster Fünfjahresplan, LPGs, Kollektivierungsschema) gekennzeichnet, so bestimmen sie sich seit Beginn der "zweiten sino-sowjetischen Eiszeit" (1969 ff.) nach dem "Bumerangeffekt", der durch eine endlose Eskalation des Mißtrauens und der Polarisierung gekennzeichnet ist und die Politik beider Mächte erstaunlich berechenbar macht

a) Strategien gegen die globale Hegemoniepolitik Moskaus: Bildung weltweiter Anti-Hegemoniefronten - hauptsächlich im Wege der Rechten Strategie, aber auch durch Volksdiplomatie und KP-Beziehungen.

Anders ausgedrückt geht es darum, die Staat-Staat-Beziehungen "Gewehr bei Fuß" aufrechtzuerhalten (Grenzverhandlungen, Besprechungen über die gemeinsame Schifffahrt auf den Grenzflüssen, Handels- und Verkehrsabkommen etc.), die sino-sowjetischen Partei-Partei-Beziehungen weiterhin durch Polemik zu ersetzen und die Volk-Volk-Beziehungen soweit wie möglich zu verstärken.

b) Gegen die Einkreisungspolitik Moskaus: Vorbereitung auf den Verteidigungsfall, Unterstützung von Revolutionen, die Kriegsansätze erschweren oder verhindern können (z.B. in Indien oder Bangladesch) und Rechte Strategie ("Anti-KSA-Fronten" mit den asiatischen Nachbarn) (7).

c) Gegen den "Verrat am Marxismus-Leninismus" prinzipielle und langandauernde Polemik im Wege der "Volksdiplomatie". Die beiderseitige Polemik führt zu typischen "Bumerangeffekten". Beide beschuldigen einander der Abkehr vom proletarischen Klassenstandpunkt. Beide auch gehen von der Herrschaft einer "Neuen Klasse" im jeweils anderen Staat aus: So fungiert - chinesischen Darstellungen zufolge - in Moskau die "Revisionisten-Clique der neuen Zaren", die nach innen das Volk ausbeutet und nach außen hin mit hegemonistischen "Supermacht"-Ansprüchen hervortritt. In Peking herrscht umgekehrt - sowjetischen Darstellungen zufolge - die sogen. "Mao-Gruppe", die sich nicht auf die Arbeiterklasse, sondern auf bäuerliche sowie bürgerliche und kleinbürgerliche Schichten in der Armee stützt, die das Militär (und nicht etwa den sozialistischen Staat) als "Hauptinstrument der Diktatur des Proletariats" verwendet (Vorwurf des "Kasernen-Sozialismus"), die ferner das Volk unterdrückt und nach außen hin eine Politik des "Großmachtchauvinismus" (China als neues Weltzentrum mit eigener Einflusssphäre) betreibt, wobei sie ihre Aktionen nicht am objektiven Klassencharakter eines außenpolitischen Bezugspartners orientiere, sondern allein nach dessen pro- oder antisowjetischer Einstellung fragt, also m.a.W. "prinzipienlos" mit allen Gegnern der Sowjetunion paktiere.

Mao soll 1965 dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin auf dessen Frage, wie lange China seine Polemik gegen die Sowjetunion fortsetzen wolle, geantwortet haben: "Notfalls zehntausend Jahre". Ob man den Streit nicht doch etwas rascher beilegen könne, wollte der sowjetische Gast wissen. Daraufhin Mao: man werde eintausend Jahre abstreichen, aber nicht mehr!

5. Die Auswirkungen des sino-sowjetischen Konflikts können überhaupt nicht hoch genug veranschlagt werden

- Sie waren die entscheidende Triebkraft für eine Verwandlung der bipolaren Welt in eine multipolare internationale Ordnung.
- Sie liefern die entscheidenden Kriterien für die Periodisierung der chinesischen Außenpolitik
- Sie sind eine Fundgrube gegenseitiger systemimmanenter Kritik. Die hellsichtigen, boshafte Invektiven beider Staaten gegeneinander haben die westliche Welt mehr über Stärken und Schwächen beider Regimes aufgeklärt, als es der scharfsinnigste westliche Beobachter je vermocht hätte.
- Sie haben den USA mehr Manövierraum verschafft. Washington kann seither sowohl mit Moskau als auch mit Peking sprechen. Zwischen Peking und Moskau jedoch ist die Leitung weitgehend

CHINA aktuell

„blockiert“.

Eine Wandlung des beiderseitigen Verhältnisses wäre erst dann möglich, wenn Moskau damit aufhörte, China „einzudämmen“.

II. CHINA UND DIE USA

1. Die Attribute der USA aus chinesischer Sicht

a) Der „US-Imperialismus“ gehört zur Ersten Welt. Mit der Sowjetunion teilt er die „Papiertiger-Natur“. Hierzu Chou En-lai: Am Ende des Zweiten Weltkrieges schien der „US-Imperialismus“ allmächtig zu sein. Sein Versuch, „zehn Flöhe mit zehn Fingern zu fangen“, sei jedoch in einem Vierteljahrhundert Nachkriegsgeschichte gescheitert. Schrumpfung des technischen Vorrangs, innenpolitische Krisen: Rassenfrage, Arbeitslosigkeit, außenpolitischer Schiffsbruch - Indochina -, depressive Verschuldung (1971 hätten die inneren Schulden 400 Milliarden US\$ betragen; allein die jährlichen Zinsen entsprächen mit 19 Mrd. US\$ dem Gesamthaushalt Roosevelts am Vorabend des Zweiten Weltkrieges). Solche Verschuldung stelle das amerikanische „Volk“ vor die Wahl entweder einer permanenten „Versklavung“ gegenüber dem US-Kapital oder aber dessen Beseitigung (Sozialisierung). Als „Papiertiger“ sei der „US-Imperialismus“ taktisch zu beachten, strategisch aber zu verachten.

b) Immer noch stärkste Militärmacht der Welt, die - soweit sie auf Hegemonismus in Asien verzichtet - als Balance gegenüber der Sowjetunion interessant wäre. Grundsatz: Als lachender Dritter „vom Hügel aus dem Kampf der Tiger im Tale zusehen“. Peking weiß, daß die USA an einem starken China als Ordnungsmacht in Asien und als Gegengewicht zur Sowjetunion in Asien interessiert sind. Zur Wahrung des asiatischen Gleichgewichts im Viereck China - Sowjetunion - Japan - USA brauchen beide Mächte einander. Die USA haben einen vorgeschobenen Militärgürtel aufgebaut, der von den Militärstützpunkten in Japan über die Subic-Bucht (Philippinen) sowie über Australien (ANZUS-Pakt: A(ustralia), N(ew) Z(ealand), US(A)) und den Marinekomplex auf der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean (9) bis zur Küste Südafrikas reicht, wo die Basis von Simonstown als Drehpunkt dient. In Washington besteht die Absicht, die militärische Präsenz der USA im Pazifik und im Indik zu erhalten (Schaffung eines weiten Netzes von Inselstützpunkten, die alle „unzuverlässig“ gewordenen Basen auf dem asiatischen Kontinent ersetzen sollen; Bewahrung der militärischen Präsenz in Asien). Präsident Fords „Pazifik-Doktrin“ vom 8.12.1975: Schaffung einer „Friedenszone in Asien“ durch sechs Maßnahmen: US-Präsenz im Pazifik erhalten; Partnerschaft mit Japan als Eckpfeiler; Normalisierung der Beziehungen zu China; Stabilität und Sicherheit in Südostasien; Entspannung in Korea; wirtschaftliche Zusammenarbeit in „angepaßter Form“.

c) Wirtschaftspartner: Liefert vor allem Weizen und technologische Spitzenprodukte.

d) Washington als noch immer wirksamster Garant einer Selbständigkeit Taiwans und des „Kuomintang-Regimes“.

2. Die Ziele Chinas gegenüber den USA

a) Als „monopolkapitalistische“ und „hegemonistische“ Macht sind die USA im Wege der Fundamentalkritik an den Pranger zu stellen: (Themen: Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, Rassen Diskriminierung; außenpolitisch: „Hegemonialpolitik“ in Korea, Indochina und vor allem in Lateinamerika).

b) Als Militärmacht im asiatisch-pazifischen Raum haben die USA nach chinesischem Kalkül ein Gegengewicht zur steigenden Sowjetpräsenz zu bilden. Allerdings ist darauf zu achten, daß Washington im asiatisch-pazifischen Raum niemals die im Shanghai-Kommuniqué (Februar 1972) gezogenen Grenzen überschreitet, d.h. - wieder - Hegemonie ausübt. (Das Shanghai-Kommuniqué war die Wiege der Antihegemonialklausel).

c) Als Wirtschaftspartner haben die USA Getreide und technologische Spitzenprodukte zu liefern.

d) In der Taiwanfrage ist die Position Washingtons systematisch auszuhöhlen. Das Kommuniqué von Shanghai enthält eine Militärabzugsklausel!

3. Die Lehren der Vergangenheit

Von 190 Jahren amerikanisch-chinesischer Beziehungen waren nur rd. 25 Jahre von Feindschaft und Spannung erfüllt (Die Jahre 1946 bis 1972 sind insofern nur eine Art „Betriebsunfall“). Washington war stets - trotz wechselnder Motive - an einem starken China interessiert. Zweimal wurde es zum „Retter Chinas in höchster Not“.

a) Als die europäischen Mächte in Japan nach 1894 mit Hilfe von Eisenbahnkonzessionen, Bergwerksgerechtigkeiten und Landpachtungen großen Stils darzu übergingen, China in „Einflußsphären“ aufzuteilen, (Frankreich: Südchina; England: Hinterland von Shanghai; Deutschland: Region von Shantung; Rußland: Mandschurei) und dadurch die staatliche Integrität des Reiches zu gefährden, verkündeten die USA, die sich um die Früchte ihres systematisch vorbereiteten Zugriffs auf China betrogen sahen (1898/99: Erwerb von Schiffsbasen auf Hawaii, in Guam, in Ost-Samoa und auf den Philippinen) durch Staatssekretär John Hay die berühmte „Doktrin der offenen Tür“ (1899), die auf die Bewahrung Chinas als Nation hinzielte. Dank der Uneinigkeit der europäischen Mächte wurde die „Doktrin“ ein Erfolg!

b) Hilfe gegen Japan: Als Tokyo am 1.3.1932 das Kaiserreich Mandschukuo ausrief, verkündete der amerikanische Außenminister Stimson die nach ihm benannte Doktrin, welche postuliert; daß solche Staaten von den USA nicht anerkannt werden könnten, die ihre Entstehung ausschließlich der völkerrechtswidrigen Verletzung anderer Nationen verdanken. Stimson bekräftigte damit die Beschlüsse der Neun-Mächte-Konferenz von Washington (1922). Grundanliegen dieses für den Fernen Osten wohl wichtigsten diplomatischen Ereignisses nach dem Ersten Weltkrieg war es, ein starkes China zu schaffen, das dem Gleichgewicht in Ostasien dienlich sein könnte. Japan sollte sich einer Flottenbeschränkung unterwerfen und seine Truppen vor allem aus Nordostchina zurückziehen. Die Ausrufung des Kaiserreichs Mandschukuo machte diese Vertragsbestimmungen zur Makulatur.

Mit der Stimson-Doktrin begann der Kalte Krieg zwischen Washington und Tokyo, der mit Pearl Harbour in offene kriegerische Auseinandersetzungen umschlug und damit China entlastete.

Die USA versäumten es, mit den chinesischen Kommunisten Kontakt aufzunehmen (Ausnahme: Reisen und Berichte des Journalisten Edgar Snow; kleine halboffizielle Beobachtergruppe in Yenan). Beziehungen zu Chiang Kai-shek führten zur „ Vernachlässigung“ der Kommunisten. US-Bemühungen um eine Koalition zwischen Nationalisten und Kommunisten scheiterten an der Unversöhnlichkeit beider Parteien. Nach 1945 wird

Washington aus sino-kommunistischer Sicht zum Feind Nr.1: Die USA hätten im Zeichen des Antikommunismus begonnen, die zwischen ihnen und der Sowjetunion liegenden Länder der beiden Zwischenzonen zu besetzen. Washington habe die Kette kleiner Kriege in den Ländern der Ersten Zwischenzone, also in Afrika, Asien und Lateinamerika, niemals abreißen lassen. Der Bürgerkrieg in China (1945;1949) sei nach 1945 die erste und größte Auseinandersetzung im Kampf gegen den vordringenden US-Imperialismus gewesen. In den Ländern der Zweiten Zwischenzone hätten sich die USA vor allem mit Hilfe zweier Methoden - nämlich der Strategie des Marshall-Plans und einer forcierten Investitionspolitik - "festgebissen", um so ihr Glacis gegenüber dem sozialistischen Lager zu erweitern.

Fünf Ereignisse führten dazu, daß die USA jahrelang als Feind Nr.1 galten: erstens der Korea-Krieg; zweitens die sich daran anschließende militärische Einkreisung Chinas (von den Aleuten über Japan, Südkorea, Okinawa, Taiwan, die Philippinen, Indochina bis Thailand, sowie auch der Aufbau multilateraler Verteidigungsbündnisse in der Form der SEATO, der CENTO und des ANZUS-Paktes), die von einem Handelsembargo und einem vollständigen Einreiseverbot für Amerikaner (1952) in die VR China flankiert wurden; drittens die systematische Stärkung der Kuomintang auf Taiwan (bilaterales Verteidigungsabkommen, finanzielle Zuschüsse, Sicherung des diplomatischen Vertretungsmonopols der KMT für die "Republik China"); viertens der Vietnam-Krieg (1964 ff.); fünftens die von den Chinesen seit Anfang der sechziger Jahre beargwöhnte "unheilige Allianz" zwischen Washington und den "Revisionisten" in Moskau.

Trotz schärfster gegenseitiger Polemiken bestanden seit 1958 die "Warschauer Gespräche" als eine Art "roten Drahtes".

1972 überraschende Einladung Nixons nach Peking und Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. Die beiden entscheidenden Anlässe waren: erstens der Beginn der "zweiten sino-sowjetischen Eiszeit" (Einmarsch in Prag, Breschnjew-Doktrin, Schüsse am Ussuri): Die Sowjetunion wird aus chinesischer Sicht zu einer "sozialimperialistischen" und auch in Asien "hegemonistischen" Macht und damit zum Feind Nr.1. Zweitens hatte der amerikanische Präsident auf der Pazifikinsel Guam die "Nixon-Doktrin" (1969) verkündet, der zufolge Washington - geschockt von seinen Rückschlägen in Vietnam - in Zukunft nicht mehr die Rolle eines Weltgendarmen spielen, sondern die Lösung der asiatischen Probleme im wesentlichen den einheimischen Regierungen überlassen wollte. Die vietnamesischen Probleme z.B. sollten sich "vietnamisieren", die chinesische Frage (Taiwan) sollte sich "sinisieren". Der anfängliche Verdacht, Washington wolle mit diesem neuen Trick nur "Asiaten mit Asiaten bekämpfen" (z.B. das Saigon Van Thieus gegen Hanoi und das Kambodscha Lon Lols gegen die Roten Khmer ausspielen) bestätigte sich nicht. Erkenntnis: "Der amerikanische Hund ist durch China gelaufen - und hat nicht gebissen!"

Gegenüber der eigenen Bevölkerung begründete die chinesische Führung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA mit drei Motiven: Eine sowjetisch-amerikanische "unheilige Allianz" sollte durch "Ausnutzen der Spannungen zwischen Moskau und Washington verhindert werden; Aufbesserung des Imago der VR China im Ausland, vor allem in den USA, und schließlich Entfremdung zwischen Taipei und Washington im Gefolge der Präsidentenvisite. Washington sollte letztlich zum Gegengewicht (im Leninschen Sinne: zum 'nützlichen Idioten')

gegenüber der Sowjetunion werden (10).

Das Shanghai Kommuniqué war ein Eingeständnis, daß die auf der "Domino-Theorie" basierende Eindämmungspolitik (Containment) gegenüber China gescheitert war. Washington hatte nach Gründung der VR China, nach dem Koreakrieg und dem Zusammenbruch des französischen Kolonialismus in Indochina befürchtet, "der Kommunismus" werde - von China ausgehend - stückweise die asiatische Staatenwelt erobern. Washington, das die Rolle eines Beschützers freiheitlich-demokratischer Länder in Asien übernommen hatte, versuchte nun, die in Europa (Marshall-Plan, NATO) so erfolgreich geübte Containment-Politik auf Asien zu übertragen. Aus mindestens drei Gründen waren die Verhältnisse hier jedoch anders als in Europa: Keine in sich gefestigten Nationalstaaten, kein traditionelles "Konzert der Mächte", (sondern vielmehr Staaten-Hierarchie - mit China als Mittelpunkt - anstelle eines "Gleichgewichts"), keine militärische Bedrohung (sondern vielmehr "soziale Herausforderung" von seiten Chinas). Washington hätte der chinesischen "Bedrohung" also eher mit einer sozialen Entwicklungsstrategie begegnen müssen als durch militärische Bündnisse mit innovationsfeindlichen Eliten.

Im übrigen fühlten sich nur die wenigsten Staaten Asiens von China bedroht. Pakistan war beispielsweise geneigt, in Indiens "Furcht vor China" hauptsächlich einen Trick New Delhis zu sehen, um von Moskau Waffen zu erhalten, die dann nicht gegen Peking, sondern gegen den unliebsamen Nachbarn in Islamabad eingesetzt werden könnten. Ebenso fühlten sich Thailand, Laos und Kambodscha eher von Hanoi bedroht als von Peking. In der Tat suchte denn auch Sihanouk jahrelang enge Kontakte zu Peking.

Die theoretische Grundlage des US-Containment gegen China, die sogen. "Domino-Theorie", stand also auf unsicherem Fundament. Obwohl sich die USA inzwischen aus Südostasien weitgehend zurückgezogen haben, kann von einem Vordringen des Sino-Kommunismus keine Rede sein. Vielmehr hat sich die "Domino-Theorie" paradoxerweise heute gegen China selbst gewandt.

Die Lehren der Geschichte sind unmißverständlich: Immer dann, wenn die USA an einem starken China interessiert waren - und dazu neigten sie eigentlich permanent, wenn man einmal von den Jahren 1950-1970 absieht -, war eine Zusammenarbeit mit Washington für China nützlich.

4. Chinesische Strategien gegenüber den USA

a) Hegemoniebestrebungen der USA im asiatisch-pazifischen Raum verhindert China erstens durch "volksdiplomatische" Einwirkungen auf das amerikanische Volk. Peking hat hiermit seit 1972 vor allem bei der US-Presse Verständnis und Echo finden können.

Zweitens: Rechte Strategie zusammen mit den Regionalvölkern gegen US-imperialistische Maßnahmen.

Drittens: "Anti-US-Imperialismus" als Propagandastoff im Rahmen der Linken Strategie (z.B. bei der Unterstützung der philippinischen KP/ML). Fortsetzung der Fundamentalkritik am amerikanischen "Monopolkapital".

b) Halboffizielle (über die beiden "Verbindungsmissionen") und "volksdiplomatische" (z.B. Einladungen von Senatoren der Demokratischen Partei) Bemühungen, die militärische Präsenz der

USA im asiatisch-pazifischen Raum so zu dosieren, daß sie einerseits den Sowjetvorstoß abriegelt, andererseits aber unter der "Hegemonismus"-Schwelle bleibt.

c) Außenhandelsbeziehungen, die allerdings nie zu Abhängigkeiten Chinas führen dürfen.

d) Bemühungen auf allen Ebenen, Taiwan von den USA "abzuhängen".

B. China und die Länder der "Zweiten Welt"

I. EUROPA

1. Die Attribute der Zweiten Welt (fortan "ZW"); aus chinesischer Sicht

Die ZW besitzt eine Doppelnatur: Einerseits ist sie antisowjetischer Baustein und damit wertvolles Funktionselemente gegen den Hegemonismus, andererseits weist sie kapitalistische (osteuropäische Länder: "revisionistische") Prägung auf.

Als "antihegemonistischer" (=antisowjetischer) Faktor besitzt die ZW drei Eigenschaften: Sie ist potentieller Baustein einer Vereinten Front mit der Dritten Welt zur "maximalen Isolierung" der Ersten Welt; Magnetfeld für die Bindung militärischer Kräfte Moskaus und Wirtschaftspartner.

2. Die Ziele Chinas gegenüber der Zweiten Welt

Die Doppelnatur der ZW fordert eine Doppelbehandlung:

- Als kapitalistische Systeme sind die Gesellschaftsordnungen der einzelnen Länder zu "kritisieren".
- Als antihegemonistisch ausgerichtete Staaten sind die ZW-Länder erstens für eine antihegemonistisch orientierte "Vereinigte Front" zu gewinnen. Sie sind zu veranlassen, mit den Ländern der Dritten Welt einen "Dialog" zu führen und auf neokolonialistische Ambitionen zu verzichten. Als Modellfall für dieses neue Verhalten gilt den Chinesen das am 1.2.1975 in Lomé (Togo) abgeschlossene Wirtschaftsabkommen zwischen der EG und 46 Ländern der Dritten Welt, durch das beide Teile in den Stand gesetzt werden, den "Supermächten wirkungsvoller zu begegnen" (12).

Die Länder der ZW sind überdies zu veranlassen, sich militärisch intensiver "vorbereiten". Es gilt, ihre moralische Abrüstung und Lethargie gegenüber dem "Sozialimperialismus" zu bekämpfen. Außenhandel und Entwicklungshilfe der ZW gegenüber der Dritten Welt sind zu fördern.

Auch wirtschaftlich hochentwickelte Ostblockstaaten gehören zur ZW. Pekings Aufrufe zum Abrücken von der Sowjetunion und zu militärischen "Vorbereitungsmaßnahmen" waren bisher nur in Albanien, Jugoslawien und Rumänien (also Ostblockstaaten der Dritten Welt(!)) erfolgreich. Die Strategie des "Herausbrechens" kann im übrigen nur langfristig von Wirkung sein.

3. Chinesische Strategien gegenüber der Zweiten Welt

Deutlicher Positionswandel zwischen Phase 1 (1949-1957) und Phase 3 (1970 ff.).

a) Behandlung im Rahmen der Außenhandelspolitik: In Phase 1 und 2 gilt die EG als - negativ beurteilter - kapitalistischer Wirtschaftsblock mit "neokolonialistischen" Ambitionen gegenüber der Dritten Welt. Phase 3 bringt eine positive Aufwertung der EG

als potentielles Gegengewicht zur sowjetischen "Supermacht" (zur Bedeutung des Lomé-Abkommens oben);

Gleichzeitig scharfe Angriffe gegen den Warschauer Pakt und COMECON, also das östliche Gegenstück zur EG, das als "Werkzeug des Sowjetrevisionismus" zur "brutalen Ausplünderung Osteuropas nach neokolonialistischen Methoden" angeprangert wird. Im Zuge der sogen. "sozialistischen Arbeitsteilung" werde z.B. Bulgarien zu einem "Obst- und Gemüsegarten" Moskaus. Vorwurf des Kolonialismus (13).

b) Behandlung im Rahmen der antisowjetischen Militärbalance: Phase 1: Ablehnung der NATO, der CENTO und des "westdeutschen Militarismus"; Phase 3: Beifall für eben diese militärischen Elemente.

Europa gilt als Brennpunkt eines künftigen Krieges zwischen den Supermächten. Die Europäische Sicherheitskonferenz (KSZE) wird als "Unsicherheitskonferenz" und der Plan einer gleichmäßigen militärischen Ausdünnung Mitteleuropas (MBFR) als "Finnlandisierung Europas" gebrandmarkt.

c) Behandlung im Rahmen des Außenhandels: In Phase 3 wird der Haupthandelspartner der Phase 1, nämlich der Ostblock, von den Ländern der ZW verdrängt.

Verhältnis sozialistische: nichtsozialistische Handelspartner i.J. 1955 = 74.2 : 25.8 %; i.J. 1973 = 17.2% : 82.8 %.

Europa hat aus der Sicht Pekings beim Kampf gegen die Supermächte heute eine ähnliche Position wie seinerzeit die "oberen Mittelbauern" beim Kampf gegen die Großgrundbesitzer und die reichen Bauern.

Mit dieser Einschränkung kann man sagen, daß die "besten Europäer" heutzutage offensichtlich nicht in Brüssel, sondern in Peking sitzen.

1975 Aufnahme diplomatischer Beziehungen Peking - EG.

Die Zusammenarbeit mit Ländern der ZW beschränkt sich auf den Außenhandel, volksdiplomatische Kontakte, häufigen Empfang von Oppositionsparteien und korrekte - wenn auch sterile - Staat-Staat-Beziehungen. Die Botschaften der ZW liegen in Peking weitgehend "auf Eis".

Gegenüber "ZW-Ländern" Osteuropas (CSSR, DDR, Ungarn) bestehen kühle Staat-Staat-Beziehungen und ein nur wenig ergiebiger Handelsaustausch.

Der Bundesrepublik Deutschland kommt ein doppelter Stellenwert zu: Sie ist ruhender Pol von EG und - im europäischen Bereich - NATO. Des weiteren gilt sie als Mutterland der modernen Technologie (steigender Handelsaustausch. Bisheriger Höhepunkt: die Technogerma - Technische Industrieausstellung der BRD in Peking 1975) (14).

Maßnahmen:

- "Unterstützung" der antisowjetischen (und insoweit entspannungsfeindlichen) Kräfte in der BRD bei gleichzeitigem Plädoyer für die NATO und für intensivere "Vorbereitungen" auf sowjetische Angriffe; Ablehnung der "Ostpolitik".

- Plädoyer für deutsche Wiedervereinigung (China ist selbst ein gespaltenes Land) im antihegemonistischen Sinne ("Herausbrechen" der DDR aus dem Ost-Block) - also durchaus nicht mit dem Ziel eines sozialistischen Gesamtdeutschland.

- Außenhandel.

II. JAPAN

1. Die Attribute Japans aus chinesischer Sicht

- a) Als hochindustrialisierter Staat ohne Supermacht-Status gehört Japan zur Zweiten Welt.
- b) "Peripherer Imperialismus"
- "Neo-Militarismus"? Beim Erlaß des Vierten Japanischen Verteidigungsplans (1972/1976) heftige chinesische Vorwürfe: angeblich Unterwerfung Tokyos unter die amerikanische Stützpunkt-Strategie in Ostasien, Neubesetzung zahlreicher Spitzenfunktionen durch "alte Militaristen und Faschisten aus dem Zweiten Weltkrieg", Schaffung einer der "Aggression" günstigen öffentlichen Meinung und Renaissance "Bushido", Wiederbelebung des alten Konzepts der "Verteidigung der Umgebung" in Form des Nixon-Sato-Kommuniqués vom November 1969, durch das Taiwan und Südkorea als für die Sicherheit Japans wichtige Areale bezeichnet wurden: Gefahr, daß das Plädoyer für "Japans Lebenslinien" wieder zur Theorie von der Lebenssphäre" bzw. von der "Sphäre des asiatischen Wohlstands" ausgebaut werde etc. (15).

Befürchtungen dieser Art werden inzwischen nicht mehr erwähnt. Grund: Minikabinett Sato durch chinafreundliche Regierungen ersetzt; Expansion des Sozialimperialismus auch im Pazifik.

- "Neo-Kolonialismus"? Japanischer Kapitalexport unter dem Deckmantel der "Entwicklungshilfe" führt zur "Ausplünderung" vor allem Südostasiens, mit dem ein Drittel des japanischen Außenhandels abgewickelt wird (16). "Entwicklungshilfe" besteht größtenteils aus Exportkrediten, bewirkt also nicht Hilfe zur Selbsthilfe, sondern begünstigt die japanische Exportindustrie. Ein westlicher Beobachter (17) dazu pessimistisch: "1990 wird die Wirtschaft von Tokyo aus gelenkt werden und nicht von Seoul, Manila, Bangkok oder Singapur. Asien wird eine "Yen-Kolonie" ... Es wird Japan nicht viel Geld kosten, die asiatischen Winzlinge aufzukaufen, falls Tokyo sich dazu entschließen sollte. Das Bruttosozialprodukt Südkoreas beträgt 5 Milliarden US\$ - etwa die Hälfte des Jahresumsatzes von Mitsubishi; auf den Philippinen liegt das Sozialprodukt gegenwärtig bei etwa 6 Mrd. US\$ und macht damit ein Sechstel der privaten japanischen Ausrüstungsinvestitionen aus".

Nach Pekings Überzeugung werden die dortigen Völker freilich dafür kämpfen, daß die Träume der japanischen "Monopolkapitalisten" nicht in den Himmel wachsen (18). Vorwürfe gegen Japan ("Ugly Japanese", "Yellow Yankees", "Economic Animals") und antijapanische Unruhen in Bangkok und Djakarta 1974 scheinen dem recht zu geben.

c) Japan als Wirtschaftspartner

- d) Japan als Land in extrem heikler geopolitischer Lage:
- Es besitzt als drittgrößte Industriemacht der Welt fast keine Rohstoffe
- Es ist als flächenmäßig kleines Land (370 000 qkm - BR Deutschland zum Vergleich - 248 000 qkm) mit hoher Bevölkerungsdichte (110 Millionen Einwohner), die zum großen Teil wiederum auf drei Gebiete (Raum von Tokyo, Nagasaki und Osaka) konzentriert sind, extrem verwundbar, vor allem gegen Atomschläge. Verwundbar sind auch seine Seewege (Malakka-Lombok- und Makassar-Straße).

Angesichts dieser wenig beneidenswerten Situation bleiben Japan - kraß ausgedrückt - nur zwei Möglichkeiten: Entweder es erobert

seine Umwelt (dieser nach 1941 beschrittene Weg, der auf die Schaffung des bisher größten Reiches der Weltgeschichte aus war, wurde durch die Niederlage von 1945 ad absurdum geführt) oder es wird zum "internationalen Insider", der bedingungslos Friedenspolitik betreibt. Japans dreipoliger "Idealkurs" wäre:

- militärische Abstinenz (zwar Selbstverteidigungspotential, aber ohne "Militarismus"- und Nuklearwaffen
- Handels- und Zugangsfreiheit (Verzicht auf Protektionismus und Diskriminierung vor allem gegenüber asiatischen Staaten; liberale Mitarbeit am Internationalen Währungsfonds (IMF) und GATT (freier Warenaustausch).
- Wirtschaftshilfe (in der Form - vielleicht - eines "Marshallplans" für Süd- und Südostasien; Hilfe zur Selbsthilfe - nicht Profitorientierung).

Dieser "Idealkurs" ist für Peking voll akzeptabel. Heikle Position Tokyos gegenüber Moskau und Peking: grundsätzliche Äquidistanz und permanente Schaukelpolitik, vor allem aber ein "Dauer-Canossa" besonders gegenüber Peking wird nötig sein. Vereinbarkeit mit dem japanischen Nationalstolz?

2. Die Ziele Chinas gegenüber Japan

- a) Eine Vereinte Front gegen die Sowjetunion mit Japan als einem Land der Zweiten Welt aufbauen (Maximum). Minimalziel - eine "unheilige Allianz" zwischen dem früheren Hauptfeind, der heute zu einer wirtschaftlichen Weltmacht geworden ist, und dem neuen Feind Nr.1, dem "Sozialimperialismus" verhindern, also eine "Zwei-Fronten-Situation" abwenden. Folglich: Maximalisierung der Kluft zwischen Tokyo und Moskau bei gleichzeitiger Duldung des Fortbestehens einer amerikanisch-japanischen "special relationship" auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet. Insofern - taktisch-vorläufige - Interessenidentität zwischen Peking, Washington und Tokyo gegenüber Moskau im pazifischen Bereich.
- b) Bemühungen, "neokolonialistische" und "neomilitaristische" Ansätze Japans im Keine zu ersticken. (Das Jahr der bisher schärfsten antijapanischen Polemik in dieser Hinsicht war 1970/1971 (19).
- c) Maximale "Ausschöpfung" der technologischen Errungenschaften Japans vor allem im Wege des Außenhandels.
- d) Permanente Bemühungen, Japan immer wieder auf seinen dreipoligen "Idealkurs" zu bringen.

Revolutionäre Ziele verfolgt China dem Nachbarstaat gegenüber einstweilen nicht - zumindest nicht nach außen hin. Problem: Moskau-Orientierung der Japanischen Kommunistischen Partei.

3. Die Lehren der Vergangenheit

Japan gehörte zu den vier Hauptgegnern, mit denen China seit der Mitte des 19. Jahrhunderts nacheinander zu tun hatte: dem "europäischen Kolonialismus", dem "japanischen Imperialismus", dem "US-Imperialismus" und nunmehr dem "Sozialimperialismus" in der Sowjetunion.

Die Meiji-Reform von 1868 führte zu schneller Erstarkung des Inselreichs, das 1894/5 China besiegte und Taiwan sowie später Korea annektierte. 1895 noch kein Zugang zum chinesischen Festland wegen des Einspruchs von Simonoseki durch Rußland, Frankreich und Deutschland. Nach dem Sieg über Rußland i.J. 1904/05 (Landschlacht bei Port Arthur und Seeschlacht bei

Tsushima) konnte Japan dann doch auf dem Festland Fuß fassen (Korea als Einflußgebiet, Abtretung der Halbinsel Liaotung, Interessensphäre in der Mandschurei), die es 1914 um Tsingtau und andere dem Deutschen Reich abgenommene Gebiete erweiterte. 1915 stellte Japan - von den Wirren des Ersten Weltkrieges und der Abwesenheit der europäischen Mächte begünstigt - die berühmten "21 Forderungen" an China, die das geschwächte Riesenreich praktisch zu einem Protektorat Japans hätten werden lassen. Den Chinesen gelang es zwar, diese Forderungen abzuschwächen; immerhin aber führten auch die gemilderten Bedingungen noch dazu, daß Japan einen Pachtvertrag über die Mandschurei auf 99 Jahre zugesprochen erhielt. Um dieses rohstoffreiche Gebiet endgültig sicherzustellen, inszenierte die japanische Kwantung -Armee im September 1931 den "Zwischenfall von Mukden", kämpfte die chinesischen Truppen nieder und rief am 1. März 1932 das Kaiserreich Manchukuo aus, indem sie den letzten Sprößling des chinesischen Kaiserhauses, P'u Yi, als Marionettenkaiser einsetzte. 1937 begann dann der längst erwartete Angriff auf Gesamtchina, der sich über acht Jahre hinzog, gesamtasiatisch-pazifische Formen annahm und mit der bedingungslosen Kapitulation Japans endete. Die Pläne für eine "Großasiatische Wohlstandssphäre", die einer asiatischen Monroe-Doktrin nahekommen ("Asien den Asiaten" unter japanischer Führung!) waren damit gescheitert.

Die offene Rivalität zwischen 1894/95 und 1945 ist inzwischen einer verborgenen Rivalität gewichen (Modellkonkurrenz: "Toyota-Revolution" oder "Mao-Revolution"? Gebietsstreitigkeiten um die ölverdächtige Senkaku-Insel im Südchinesischen Meer; wirtschaftliche Zusammenarbeit Japans mit der Sowjetunion, vor allem in Sibirien. Revolutionierung oder Konsolidierung der asiatischen Staaten und Wirtschaftssysteme? Ausmaß der Zusammenarbeit Tokyos mit Washington? Ausmaß der militärischen Wiederaufrüstung Japans? etc.).

Der chinesisch-sowjetische Freundschaftsvertrag von 1950 richtete sich noch ausdrücklich gegen Japan und die USA, Im Zeichen des vordringenden "Sozialimperialismus" ist das japanische Problem entschärft, aber keineswegs eliminiert.

4. Chinesische Strategien gegenüber Japan

a) Rechte Strategie zur Verhinderung japanisch-sowjetischer Kollaboration: Wirtschaftliche Lockangebote (Öl etc.) sollen das japanische Auge vom rohstoffreichen Sibirien abwenden; Aufnahme einer "Anti-Hegemonieklausel" in den angestrebten japanisch-chinesischen Friedensvertrag. Diese Klausel wendet sich weniger gegen eine potentielle Ausweitung des japanischen Einflusses in Asien als vielmehr gegen den wachsenden sowjetischen Einfluß in Asien.

Bis zum Rücktritt Satos und zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen im September 1972 hatte Peking eine Politik des Zuckerbrots (Volksdiplomatie) und der Peitsche (Attacken gegen Regierung und "Monopolkapitalismus-Einfluß") geführt. Seit dem zunehmend geschmeidigeren "volksdiplomatischen" Verhalten Chinas erhält die japanische Industrie verlockende Rohstoffangebote; das Begeisterungspotential japanischer Jugendlicher (Einladung ganzer Hundertschaften von Jugendverbandsangehörigen) wird geweckt, das Zusammenspiel mit wichtigen Oppositionsparteien im Parlament, wie Komeito und Sozialisten, ja sogar mit Flügeln der herrschenden LDP gegen die Regierung gefördert. Die "volksdiplomatisch" produzierte prochinesische Stimmung in der japanischen Öffentlichkeit macht einen anti-

chinesischen Kurs à la Sato heute unmöglich. Die japanische Regierung steht permanent in Zugzwang: Im September 1972 mußte sie die Beziehungen zu Taipei abbrechen; 1974 hatte sie die lukrativste Strecke der JAL zugunsten der finanziell uninteressanten Flugstrecken nach Peking und Shanghai aufzugeben (später allerdings Wiederaufnahme der Taipei-Flüge).

b) Die heftige "antimilitaristische" und "antikolonialistische" Polemik Pekings endete am Vorabend der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Japan, kann aber jederzeit wieder beginnen.

c) Japan wurde mit Abstand zum führenden Wirtschaftspartner Chinas (z.B. Zahlen von 1975 (in Mrd. DM): Einfuhr 6,24; Ausfuhr 3,38. Zum Vergleich: Hong Kong - Einfuhr 2,47, Ausfuhr 0,05; und BR Deutschland - Einfuhr 1,4, Ausfuhr 0,47). Bis 1980 wollen beide Länder ihren Handel sogar noch verdoppeln (20).

d) Permanent erhobener Zeigefinger gegenüber Japan, daß "Idealkurs" gewahrt wird.

Wie sich Peking das Verhältnis zu Japan wünscht, hat Chou En-lai dem japanischen Ministerpräsidenten Tanaka im September 1972 gleichnishaft erläutert: Es sei der Gesundheit seines Gastes zuträglich, Mao - t'ai' (chinesischen Reisschnaps) zu trinken als Whisky oder gar den schlecht bekömmlichen Wodka.

C. China und die Dritte Welt

1. Die Attribute der Dritten Welt aus chinesischer Sicht

a) Die Dritte Welt setzt sich zusammen aus den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Europas (z.B. Malta, Portugal, Albanien). Die Dritte Welt als Ganzes ist zugleich schwach und stark (Doppelcharakter).

Schwächen:

- politische Abhängigkeit infolge "hegemonialer" Einmischung der Supermächte
- wirtschaftliche Abhängigkeit ("Ausplünderung der Ressourcen"), verluststiftender Kapitalexport und "Ausbeutung der billigen Arbeitskraft", vor allem von seiten der Supermächte (21).
- Zersplitterung der Dritten Welt (verschiedene religiöse und kulturelle Entwicklung, verschiedene Rassen, verschiedene koloniale Schicksale; unterschiedliche Ausstattung mit Rohstoffen). China unterscheidet allerdings nicht zwischen rohstoffbesitzenden und rohstoffarmen Entwicklungsländern, kennt also (im Hinblick auf rein antihegemoniale Perspektiven) keine Unterscheidung zwischen Dritter und Vierter Welt). Vom traditionellen chinesischen Weltbild her gesehen gibt es ferner grenznahe Staaten der Dritten Welt, die wohlbekannt sind, und die Dritte Welt als Ganzes, der sich - z.B. bei Lateinamerika - China zum erstenmal gegenüber sieht.

Die Ursachen der Armut liegen (aus chinesischer Sicht) nicht etwa nur in technischer, wirtschaftlicher (Mangel an Kapitalbildung, Kreislauf der Stagnation) und sozialer Rückständigkeit (überkommene Machtstrukturen, fehlende Massenpartizipation bei der Verteilung und bei der Entscheidungsbildung). Kausal sind vielmehr Unterdrückung und Ausplünderung durch Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, wobei die beiden Supermächte eine besonders verheerende Rolle spielen (22).

Stärken:

- Zusammengebündelt bilden die Länder der Dritten Welt das entscheidende Anti-Hegemonie-Potential (quantitative Dimensionen der Dritten Welt: Mehrheit der Erdoberfläche; zwei Drittel der Menschheit; geopolitische "Hauptkettenglieder", an denen Imperialismus und Hegemonismus ihre schwersten Niederlagen erleiden).

- Schwungrad jeder wirtschaftlichen Entwicklung - wegen des gemeinsamen Armutserlebnisses - ist der gemeinsame Kampf der Dritten Welt-Länder für die Wahrung ihrer staatlichen Souveränität, für die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft und gegen die Ausplünderung und Kontrolle durch den Imperialismus und besonders durch die Supermächte" (23). Bedeutsam ist hier vor allem die "politische Waffe" von Rohstoffkartellen nach dem Schema der OPEC. Seit dem "Ölschock" von 1973/74 ist die Dritte Welt von einem passiven zu einem aktiven Mitspieler auf der Bühne der internationalen Politik geworden - und zwar unwiderruflich.

- Das gemeinsame Gefühl der politischen Abhängigkeit (Hegemonismus!) und der gemeinsamen Armut (wirtschaftliche Abhängigkeit) führt tendenziell zur Solidarisierung aller Länder der Dritten Welt gegen die Supermächte. China ist - als Land der Dritten Welt - Teil dieser "Allianz gegen die Armut und gegen die politische Abhängigkeit". Vereint ist die Dritte Welt stark und ein Unterpfand für die Änderung der gegenwärtigen Weltordnung. Vereint kann sie notfalls auch als "Chaosmacht" (24) wirksam werden, z.B. durch die "große Verweigerung" gegenüber der alten Weltwährungsordnung, gegenüber der Bekämpfung des internationalen Terrorismus, der Kontrolle des Rauschgiftschmuggels, des Kampfes gegen die Weiterverbreitung der Atom-bombe etc.).

Zusammenfassung:

Die Dritte Welt, zu der auch China gehört, ist also einerseits durch Ohnmacht (politische und wirtschaftliche Abhängigkeit, Zersplitterung) gekennzeichnet. Andererseits (Doppelnatur!) besitzt sie jedoch auch Anti-Hegemonie-, Rohstoff- und Chaosmacht, sobald sie sich - ihren objektiven Interessen entsprechend - gegen Armut und Abhängigkeit solidarisiert.

b) Einige Länder der Dritten Welt (Indien gegenüber Sikkim und Bhutan; künftig möglicherweise auch Vietnam gegenüber Laos und Kambodscha) weisen Züge eines "peripheren Imperialismus" auf. Chinesische Deutung: Ansteckung durch die Sowjetunion.

c) Wirtschaftspotential der Dritten Welt (insbesondere Rohstoffe und Arbeitskräfte).

d) Nachbarstaaten oder Länder im strategischen Vorfeld Chinas.

2. Die Ziele Chinas gegenüber der Dritten Welt

a) Die Dritte-Welt-Politik Pekings hat - entsprechend den oben (s.1 a) definierten Eigenschaften der Entwicklungsländer - folgende drei Ziele, die allesamt auf Verwandlung der Ohnmacht in Macht abstellen:

- Politisch: Kampf um die Unabhängigkeit (=Freiheit von Hegemonie) und um Demokratisierung (= Abbau der Supermachtprivilegien). Im Wege der Systemänderung soll anstelle des "Clubs der Großmächte" die Massenlinie treten.

- Wirtschaftlich: Einerseits Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung gegen die Supermächte, andererseits Dialog zwischen den Ländern der Dritten Welt und den hochentwickelten Wirtschaftsländern der Zweiten Welt auf der Grundlage gegenseitigen Nutzens, der Gleichberechtigung und der Anerkennung voller

Souveränität (=globale wirtschaftliche Demokratisierung) anstelle der Konfrontation, die gekennzeichnet ist durch wirtschaftlichen Hegemonismus einerseits und wirtschaftliche Gegenreaktionen nach dem OPEC-Schema andererseits. Anzustreben ist eine Konvergenz der Präferenzen von Entwicklungs- und Industrieländern. Hierbei ist ein integriertes Programm für Indexbindung der Preise und für die Demokratisierung der internationalen Finanzorgane aufzustellen (25).

- Kampf um die Minimalisierung der Widersprüche und die Maximalisierung der Gemeinsamkeiten in der Dritten Welt.

Versuch, die Länder der Zweiten Welt für eine antihegemonistische "Vereinte Front" zu gewinnen (Vorbild des Vertrags von Lomé von 1975 zwischen der EG und 46 afrikanischen, karibischen und pazifischen Entwicklungsländern auf der Basis des "Dialogs"!).

b) Ausschaltung des "peripheren" Imperialismus (z.B. heftige Polemik gegen Indien in der Bhutan- und Sikkim-Frage und Unterstützung der aufständischen Nagas und Mizos in Indien).

c) Entwicklungshilfe und Außenhandel.

d) Bei Nachbarstaaten: Schaffung einer "affirmativen Umwelt".

3. Die Lehren der Vergangenheit

Während der Phase I (1949-1957) stand China - nach einer jahrzehntelangen Kampfzeit der sinokommunistischen Bewegung - den gerade aus kolonialer Vormundschaft entlassenen Staaten der Dritten Welt, die zumeist noch im Banne westlicher Modelle stehen, kritisch bis ablehnend gegenüber ("Marionetten"-These). Generell befürwortete Peking damals die Linke Strategie für die Lösung der politischen und sozialen Probleme in solchen Ländern der Dritten Welt, die dem "US-Imperialismus" zuneigen. Seit der auch von Moskau begrüßten "Bandung"-Phase (1955-1957) nimmt China eine eher differenzierende Haltung ein. Es würdigt die Haltung der Blockfreien (Annäherung an Nasser, Nehru und Sukarno) und beginnt - im Zeichen der "friedlichen Koexistenz" und gegen den "US-Imperialismus" - der Rechten Strategie mit den afro-asiatischen Staaten das Wort zu reden (das ferne Lateinamerika existierte zu dieser Zeit praktisch noch nicht auf der politischen Landkarte Chinas). Erste Manifestationen der chinesischen Doppelrolle: Peking behandelt asiatische Anliegerstaaten (Korea, Indien und Vietnam) eher unter nationalen Gesichtspunkten - z.B. Vorwärtsverteidigung in Korea -, während es geographisch fernen Ländern, vor allem den jungen afrikanischen Staaten gegenüber einen von nationalen Erwägungen unbelasteten revolutionären Kurs einschlägt, der gegen "Imperialismus" (USA) "alten Kolonialismus" (portugiesische Kolonien, Frankreich in Algerien, Niederlande in West-Irian etc.), gegen "Rassismus" und "Neokolonialismus" gerichtet ist.

In Phase II (1958-1968) - während der "ersten sino-sowjetischen Eiszeit" - beginnt eine tastende Suche nach neuen Partnern: Chou En-lai's "Afrika-Safari", die Hinwendung zu Birma und Kambodscha sowie die Entente cordiale mit dem Indonesien Sukarnos fallen in diese Zeit. Gleichzeitig Abwendung von Indien (Grenzspannungen) und Ägypten (Kritik an Nassers anti-kommunistischen Maßnahmen). Beifall für die Politik der algerischen Befreiungsfront, Kritik an der Konferenz der Blockfreien (1965 in Kairo) und Befürwortung einer zweiten afro-asiatischen Konferenz (Bandung II) für 1965 in Algier: Das antisowjetische Kriterium beginnt in Erscheinung zu treten.

1965 wird - im Zeichen der wachsenden Spannung zu Moskau - ein schwarzes Jahr der Pekinger Außenpolitik: In Lateinamerika

schwenkt Castro endgültig auf die sowjetische Linie ein. In Algerien verschwindet die von Peking so sorgfältig mitinszenierte Afro-Asiatische Konferenz nach dem Sturz Ben Bellas wie eine Fata Morgana. Gleichzeitig beginnt Moskau mit seiner großen diplomatischen Asien-Offensive (Kossygin in Hanoi, Taschkent-Konferenz, wo die Sowjetunion zwischen Indien und Peking vermittelt). Zu allem Überfluß bricht auch der chinesische Einfluß in Südostasien durch den indonesischen Staatsstreich von 1965 - und durch die sich anschließenden Kommunisten-Verfolgungen - zusammen.

Diese Rückschläge führen zu xenophobischen Attacken der Rotgardisten während der Kulturrevolution: Von den zwölf asiatischen Staaten, mit denen China 1967 diplomatische Beziehungen unterhält, erleiden vier (Indonesien, Indien, Birma, Mongolische Volksrepublik) schwere Übergriffe gegen diplomatisches Personal. Zwei (Nepal und Ceylon) kommen mit leichten "Belagerungen" ihrer Botschaften in Peking davon. Auch die Beziehungen zu Hanoi (zu enge Anlehnung an die Sowjetunion während des Indochinakrieges), zu Nordkorea (Verspottung Kim Il-sungs durch Rotgardisten 1967) und zu Laos kühlen sich ab. Selbst das Verhältnis zum Kambodscha-Sihanouks macht eine Fieberkurve durch. Nur die Beziehungen mit Pakistan und Afghanistan bleiben frei von Trübungen.

In Phase III (1970 ff.) beginnt ein unbeirrbar "antihegemonistischer" (antisowjetischer) Kurs gegenüber der Dritten Welt: Die großen Schwankungen der vorausgegangenen zwei Phasen machen einer gradlinigen und in ihrer Konstanz bislang unerreichten Außenpolitik Platz. China übt sich bei seinen Aktionen nunmehr in Geduld, weil es von der langfristigen Veränderung des Status quo zu Ungunsten der beiden Supermächte überzeugt ist: Was dem "gerechten" Standpunkt der Dritten-Welt-Länder entgegenkommt, dient letztlich auch dem eigenen Interesse Pekings.

a) Der Kurswechsel von den "revolutionären" Zielen zur Antihegemoniepolitik wird besonders deutlich gegenüber Afrika. Noch 1964 plädiert Chou En-lai auf seiner "Safari durch Afrika" für die Revolution ("Afrika ist reif für die Revolution!") Es unterstützt z.B. im Kongo, dem heutigen Zaire, die sich auf Lumumba berufenden Rebellen. In Niger stellt Peking sich hinter die revolutionäre Sawaba-Partei, in Kenia hinter Odingas "Volksunion" und im Senegal hinter die "Afrikanische Unabhängigkeitspartei". Freilich bleibt Chinas Einfluß zu dieser Zeit im wesentlichen auf Guinea, Mali und das Ghana Nkrumahs beschränkt. Kenia, Dahome sowie die Zentralafrikanische Republik reagieren mit der Schließung chinesischer Korrespondenzbüros (1965) bzw. mit der Ausweisung von Diplomaten (ferner Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Burundi (1965) sowie (1966) mit Dahome, der Zentralafrikanischen Republik und Ghana).

Mit der "zweiten sino-sowjetischen Eiszeit" (1968-1969) folgt ein grundlegender Kurswechsel: Diplomatische Beziehungen (Dez. 1970) mit dem Kaiserreich Äthiopien (Empfang Kaiser Haile Selassie in Peking, Entwicklungshilfe von 80 Mio. US\$ an Äthiopien, Einstellung der bisherigen Waffenhilfe an die erythrische Befreiungsfront), Zusammenarbeit mit allen möglichen politischen Bewegungen, seien sie nun konservativ, gemäßigt oder radikal: Fronten vom Feudalherrscher Haile Selassie über den "Sozialisten" Nyerere bis hin zu den "echten Marxisten-Leninisten" und den einzelnen Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien Angola (NLF!),

Mozambique, Guinea-Bissau, "Azania" (Südafrika), "Namibia" (SW-Afrika) und "Simbabwe" (Rhodesien).

Hatte Chinas Afrika-Politik sich anfangs auf Nordafrika, (Ägypten, Algerien) konzentriert, so "wanderte" sie zunächst nach Westafrika (Guinea!) und schließlich nach Ostafrika (Bau der Tansam-Bahn!), wo ja in der Tat am effektivsten politische Positionen gegen die sowjetischen Seewege-Pläne im Indischen Ozean aufgebaut werden konnten.

China wurde zu einem der engagiertesten Befürworter der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Einigung des afrikanischen Kontinents. Vor allem leistete es der OAU als einem Instrument zum Kampf gegen die Supermächte immer wieder verbalen Tribut. Entwicklungshilfe geht in erster Linie an Tansania und Zambia, Militärhilfe an Tansania, Guinea, Sierra Leone und Sudan, militärische Ausbildungshilfe an afrikanische Befreiungsbewegungen, vor allem an die angolanische FNLA.

b) Pekings Politik gegenüber Lateinamerika weist ein etwas verschwommeneres Profil auf, da dort kaum gegen Ambitionen des "Sozialimperialismus" anzukämpfen ist. Die Unterstützung gegen die USA aber betreiben die Chinesen nur mit halbem Herzen. Vielfach waren es nationale Interessen (Ausschaltung des in Lateinamerika festverwurzelten Taipei), die das Interesse China an diesem fernsten Kontinent der Dritten Welt überhaupt zu motivieren vermochte.

Während der Phase 2 hatte China hier gleichwohl - wenn auch zaghaft - "revolutionäre" Politik zu treiben versucht. Peking wurde damals zu einem Mekka der ibero-amerikanischen Intellektuellen, unter denen Journalisten, Professoren und andere "Multiplikatoren" überwogen. Einige lateinamerikanische Staaten reagierten mißtrauisch und hart: 1963 wurde das Hsinhua-Büro in Ecuador geschlossen und im gleichen Jahr der Korrespondentenstab der Filiale in Venezuela verhaftet. Dasselbe Schicksal erlitten die der Spionage und Subversion verdächtigten Hsinhua-Korrespondenten in Brasilien (1964) und in Mexiko (1966). Vor allem nach dem Sieg Castros auf Kuba (1960), der von kommunistisch geführten Bauernaufständen in Kolumbien, Bolivien und Brasilien flankiert wurde, glaubte Peking an eine Wirksamkeit seiner Linken Strategie auch in Ibero-Amerika. 1959/60 entstanden mehrere Freundschaftsverbindungen. Einiges Echo fanden chinesische Adressen bei den chinesischen Minderheiten in mehreren südamerikanischen Staaten. (In Peru sind die 50.000 Überseechinesen sogar das bedeutendste ausländische Bevölkerungselement!). Kolumbien, Bolivien, Peru und Chile waren damals die wichtigsten "Anlaufstellen". Mit Kuba, das sich im chinesisch-sowjetischen Streit auf die Seite der Russen geschlagen hatte, mußte China dagegen eine seiner größten außenpolitischen Enttäuschungen erleben.

In Phase 3 suchten die Chinesen fast krampfhaft nach anti-sowjetischen Anhaltspunkten in Lateinamerika: So traten sie entschieden für eine 200-sm-Zone, vor allem der Andenländer, ein, engagierten sich - im Gegensatz zu Moskau - für kernwaffenfreie Zonen in Lateinamerika, plädierten für eine Freihandelszone in der Karibik und begrüßten eine Zusammenarbeit lateinamerikanischer Staaten mit EG-Ländern (z.B. den Verkauf deutscher Kernreaktoren an Brasilien).

Relevante Reibungspunkte mit der Sowjetunion gab es aber

nur an zwei Punkten, nämlich in Kuba und in Chile.

- Fidel Castro machte kein Geheimnis daraus, daß er der chinesischen These von den "zwei Imperialismen" mit Ablehnung gegenüberstand. Das Verhältnis zu Havanna mußte unter diesen Umständen kühl bleiben.
- In Chile zeigte sich Chinas antisowjetische Haltung nach dem Sturz der Allende-Regierung (September 1973) auf zweifache Weise: Einerseits benutzte Peking diesen Anlaß, um darauf hinzuweisen, daß der "parlamentarische Weg", wie er von den "Sowjetrevisionisten" befürwortet werde, prinzipiell durch eine Strategie des bewaffneten Kampfes ersetzt werden müsse. Zum anderen teilte das chinesische Außenministerium bereits am 10. Oktober dem bisherigen Botschafter Chiles in Peking, Uribe, einem engen Freund Allendes, mit, daß er nicht mehr als offizieller Vertreter Chiles betrachtet werde. An seiner Stelle solle von nun an der neue Botschafter der Militärjunta fungieren. Dieser Vorgang war für die TASS (6.5.74) ein Beweis dafür, "daß die Maoisten jeder fortschrittlichen Bewegung in den Rücken fallen, wenn es ihnen nicht gelingt, sie ihren Großmachtinteressen unterzuordnen".

c) Am heikelsten ist die Politik gegenüber asiatischen Staaten. Hier werden Pekings nationale Sicherheits- und Einflußinteressen unmittelbar berührt.

Im Zeichen des "Moskau-Syndroms" gilt es hier nach Möglichkeit mit jedem Regime - ohne Ansehen seines gesellschaftlichen Charakters - zusammenzuarbeiten, um auf diese Weise die Ambitionen der Sowjetunion zu durchkreuzen. Im Zeichen der Rechten Strategie ist also das feudalistische Nepal genauso als "Freund" zu umwerben wie das sozialistische Kambodscha oder aber das "bürgerliche" Singapur.

Militärische Ambitionen gegenüber Südostasien fehlen. Dies zeigt sowohl die defensiv ausgerichtete Volkskriegs-Strategie als auch die historische Bilanz:

Während z.B. Rußland in einem Zeitraum von nur 200 Jahren (1700 - 1900) 33 äußere und zwei innere Kriege geführt hat (davon nur 4 Verteidigungskriege), ist China in 700 Jahren nur siebenmal kriegerisch aktiv gewesen: Zweimal ist es nach Birma vorgestoßen (1277 und 1301 unter der Mongolendynastie), viermal in das Gebiet des heutigen Vietnam (111 v.Chr., 1280, 1285 und 1287 n.Chr.) und einmal nach Java (1291). Seine übrigen Unternehmungen trugen eher den Charakter von Expeditionen, deren Ergebnis - die Tributverhältnisse - in ihrer außenpolitischen Substanz nichts anderes waren als bilaterale staatliche Beziehungen ohne wirklichen Suzeränitätscharakter. Welches Gewicht aber haben diese Unternehmungen, vor allem die 20 Jahre Seemacht (1403 bis 1424) im Rahmen einer dreitausend Jahre langen, introvertiert geführten und überdies antimaritimen Außenpolitik?

Nicht ganz zu Unrecht bezeichnet Lee Kuan-yu, der Premier von Singapur, China als die "gutartigste der kommunistischen Mächte", die keinerlei Gebietsansprüche in SO-Asien stelle. Wenn China in dreißig Jahren die dominierende Macht in SO-Asien sei, wolle man zu ihr lieber stehen wie Venezuela gegenüber den USA als wie ein Comecon-Staat gegenüber der Sowjetunion.

Die ASEAN-Staaten befürchten denn auch keineswegs Aggressions-, sondern vielmehr Infiltrations- (Subversions-) Akte von seiten Chinas. Dies ist das Kardinalproblem der nächsten Jahre

im Machtkampf um Südostasien. Hierbei nimmt das Gefühl der Unsicherheit mit der Entfernung vom Epizentrum China ab. Am meisten verunsichert fühlt sich Thailand. (Folge: Rasche Annäherung an Vietnam und China).

Am weitesten entfernt ist Indonesien, das obendrein beträchtliches Eigengewicht besitzt. Folge: Man hat es dort mit einer Annäherung an China und Vietnam nicht eilig. Auf der geopolitischen Gleitskala zwischen beiden Staaten liegen - wenn man einmal auf die Gefährdung an der "Inneren Front" abstellt - Singapur, Malaysia und die Philippinen. Alle ASEAN-Staaten sind heute aber reformbestrebt und - mit Ausnahme von Indonesien - auch chinafreundlich. Es hindert sie nichts, mit Peking antisowjetische Interessen zu teilen. Die Volksrepublik steht der ASEAN deshalb freundlich gegenüber.

Positiv definiert geht es den Chinesen in Südostasien hauptsächlich um zwei - antihegemonistisch begründete - nationale Ziele:

Sicherheit und Einflußnahme, wobei vor allem die sowjetische Seewege-Strategie und das KSA vereitelt werden sollen. Peking wünscht sich ein vom Einfluß der Sowjetunion möglichst freies, aber auch (Minimalprogramm!) möglichst balkanisierendes, aus vielen chinafreundlichen Staaten bestehendes - wenn möglich aber (Maximalprogramm!) ein polyzentrisches, sozialistisch gewordenes Asien, über das keine Großmacht mehr "Hegemonie" ausüben vermag. Nicht unerwünscht wäre auch eine von den ASEAN-Staaten aus eigenen Kräften geschaffene "pax aseana" (basierend auf Blockfreiheit, Neutralität und "Friedenszonen"-Idee). Peking arbeitet auf dieses Ziel sowohl mit seiner Rechten wie mit seiner Linken Strategie hin. Einerseits kooperiert es mit den etablierten Regierungen (seit 1974 konnte es auch mit Ländern der ASEAN offizielle Beziehungen aufnehmen und dabei - im Falle Malaysias, der Philippinen und Thailands - sogar "Antihegemonieklauseln" heraushandeln), andererseits treibt es im Falle Birmas ein Spiel mit zwei Bällen, indem es einerseits korrekte diplomatische Beziehungen unterhält, gleichzeitig aber auch Aufstandsbewegungen unterstützt.

Das weitere Vordringen der Sowjetunion in den Indischen Ozean und Westpazifik wird China dazu zwingen, sein sicherheitspolitisches Glacis auf Kosten revolutionärer Ambitionen zu stärken.

Der Konflikt zwischen nationalen und revolutionären Interessen zeigt sich besonders deutlich gegenüber Hanoi, das ja viele Jahre im Lichtkegel der internationalen Politik stand und deshalb China zum "permanenten" Nachdenken veranlaßte.

Als revolutionäre Macht ist die Volksrepublik sehr wohl daran interessiert, daß beide vietnamesischen Teilstaaten sich unter sozialistischem Vorzeichen wiedervereinigen. Gleichzeitig war Vietnam aus der chinesischen Sicht so etwas wie ein Laboratorium des Volkskriegs.

Als Nationalstaat dagegen, der langfristig in Sicherheitskategorien zu denken hat, muß Peking eher an einer Balkanisierung Indochinas als an einem indochinesischen Großreich (Einbeziehung von Kambodscha und Laos) unter Führung Hanois interessiert sein. Nicht ganz zu Unrecht befürchtet man in Peking, ein solches "Indochina" könne nach Indien der "zweite Dominostein" im antichinesischen Spiel Moskaus sein. China wünscht sich von einer Vielzahl neutraler Pufferstaaten umgeben, während die Sowjetunion auf ein starkes, unter Hanoi vereinigtes Indochina hinarbeitet, das dem chinesischen Einfluß mehr Masse entgegensetzen kann als ein polyzentrisches Indochina.

Der Konflikt zwischen China und Vietnam scheint hier gleichsam vorprogrammiert. Abgesehen von den historischen Hypothesen (Teile Vietnams standen rd. 1000 Jahre unter direkter chinesischer Herrschaft und hatten überdies jahrhundertlang Tribut zu bringen), sind es auch neuere Entwicklungen (Streit um die Paracel- und Spratley-Inseln im Südchinesischen Meer, Abwendung Vietnams vom chinesischen Modell Ende der fünfziger Jahre, betontes Interesse Hanois an sowjetischer Militär- und Wirtschaftshilfe), welche die Parole, daß China und Vietnam sich zueinander verhielten "wie Lippen und Zähne", Lügen strafte. Vietnamesischen Indochina-Ambitionen hält Peking deshalb seine Drei-Völker-Formel entgegen: Danach gehört Vietnam "dem vietnamesischen, Kambodscha dem kambodschanischen und Laos dem laotischen Volk". In Laos spielt sich das außenpolitische Tauziehen zwischen der VR China einerseits und Hanoi/Moskau andererseits ab. China hat dort bereits von langer Hand vorgebaut: Es gewährt Entwicklungshilfe und hat außerdem den gesamten Nordwesten und Norden des Landes mit "seinen" Straßen ausgelegt, während die "vietnamesischen" Wege (u.a. der Ho Chi Minh-Pfad) genau am anderen Ende, nämlich in Südostlaos, verlaufen. Diese "Symmetrie"-Politik ist gewiß kein Zufall. Ausgerechnet an der Stelle nämlich, wo sich "chinesische" und "vietnamesische" Straßen am nächsten kommen, nämlich am zentral-laotischen Ou-Fluß, ist es bisher nicht zum Bau einer Brücke gekommen, die beide Verkehrssysteme miteinander verbinden würde (26).

Wie stark antisowjetische Komponenten bereits Mitte der sechziger Jahre die Überlegungen Pekings bestimmten, wurde bei der "Strategiedebatte" von 1965 deutlich, in deren Verlauf China beschloß, in Vietnam nicht militärisch einzugreifen. Damit entschied es sich gegen ein "zweites Korea", das ja doch nur Wiederversöhnung mit der Sowjetunion und Abhängigkeit von ihr bedeutet hätte - von den zu befürchtenden menschlichen und materiellen Opfern einmal ganz zu schweigen. Gleichzeitig hatte China mit dieser Entscheidung deutlich gemacht, daß es sich nicht mit dem "US-Imperialismus" anlegen wolle. 1965 waren m.a.W. die Würfel für eine spätere Annäherung an Washington gefallen.

Einen Sonderfall in der chinesischen Dritte-Welt-Politik bildet Indien:

Drei Daten, vier Probleme und vier Gegenmaßnahmen sind es, die - aus chinesischer Sicht und chinesisch ausgedrückt - das Verhältnis zwischen Peking und Neu-Delhi geprägt haben.

Die drei Daten beziehen sich auf die Jahre 1954, 1962 und 1971.

- 1954 beschloß Nehru, die chinesischen Rechte an Tibet auch

formal anzuerkennen, und zwar in einem bilateralen Vertrag, in den erstmals jene fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufgenommen wurde, die ein Jahr später auf der Bandung-Konferenz zu einem Glaubensbekenntnis der Dritten Welt werden sollten. Das Jahr 1954 wurde so zum Höhepunkt chinesisch-indischen Einverständnisses. Nehru wollte damals den Chinesen gegenüber einen Weg der Verständigung um fast jeden Preis gehen. Seine Regierung ließ sich beispielsweise nichts von dem "Tibet-Schock" anmerken, der 1950 und 1959 in der indischen Öffentlichkeit entstand. Als "Gegenleistung" erhoffte er sich chinesische Großzügigkeit in der heiklen Grenzfrage.

- 1961/62 brach gleichwohl gerade wegen der Grenzfrage ein Krieg zwischen beiden Staaten aus, nachdem es bereits 1958 zu Spannungen in verschiedenen Abschnitten gekommen war. (27)
- 1971 schließlich zerfiel die bisherige Machtbalance, die seit 1947 auf dem Subkontinent bestanden hatte: Nicht mehr Indien und Pakistan waren nun die einander ausbalancierenden Gewichte, sondern vielmehr Indien und die Sowjetunion auf der einen und Pakistan / China auf der anderen. Die Achse Neu-Delhi - Moskau war schon vorher durch den indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag vom August 1971 formell besiegelt worden und hatte sich während des für Indien so siegreichen Dezember-Krieges gegen Pakistan aufs beste bewährt. Im Gegenzug intensivierte Peking seine Hilfe für Pakistan und wurde zum wichtigsten Waffenlieferanten des Reststaates.

Vier Hauptprobleme - sieht man einmal von der schieren Größe Indiens und seinem Unwillen, sich vor China "zu verbeugen" ab - sind es ferner, die zwischen beiden Ländern stehen, nämlich

- erstens die Besetzung Tibets durch China, die in der indischen Öffentlichkeit trotz der regierungsoffiziellen Anerkennung immer noch Emotionen wachruft;
- zweitens der weiterschwelende Grenzkonflikt, der 1959 und 1962 zu mehreren militärischen Zusammenstößen geführt hatte;
- drittens die Frage der Hegemonie über die Himalaya-Fürstentümer. China wünscht sich hier neutrale Staaten und hat deshalb schärfstens gegen die formelle "Annexion" Sikkims durch Indien im April 1975 protestiert: (28)
- viertens das immer stärkere Engagement Moskaus auf dem Subkontinent, das im Zeichen der verschärften chinesisch-sowjetischen Gegensätze in Peking höchstes Unbehagen auslöst. Eine indisch-sowjetische Zusammenarbeit hat sich schon seit Mitte der fünfziger Jahre angebahnt (Besuch Chruschtschows in Neu-Delhi, Bau des Stahlwerks von Bhilai durch Sowjetingenieure, Unterstützung der indischen Grenzargumente gegenüber China, vor allem im Jahre 1961/62). Neuerdings befürchtet Peking, daß Indien sich ähnlich, wie es China schon beinahe in den fünfziger Jahren passiert wäre, in den Armen der Sowjetunion verfährt. Vor allem drei Vorwürfe an die Adresse Neu-Delhis gehören zum ständigen Repertoire Pekings: zunehmende Abhängigkeit von sowjetischer Militärhilfe, "wirtschaftliche Durchdringung" Indiens durch die Sowjetunion und Willfährigkeit Indiens, sich für den Plan Moskaus, "Asiaten zum Kampf gegen Asiaten" zu mobilisieren, einspannen zu lassen. (29)

China hat sich angesichts der von ihm perzipierten immer engeren Verbindung zwischen Moskau und Neu Delhi zu verschiedenen Gegenstrategien entschlossen:

- Es erweiterte erstens seine militärische Infrastruktur an der Südgrenze und baute u.a. zwei "politische Straßen", nämlich nach Sikkim und (über das Karakorum-Gebirge) nach Westpakistan.
- Zweitens versuchte es, die Nachbarstaaten Indiens auf dem Subkontinent, vor allem Pakistan, Sri Lanka und Nepal, zu einer Vereinten Front gegen Neu-Delhi zu gewinnen. Großzügige Entwicklungshilfe spielt hierbei eine bedeutsame Rolle.
- Drittens unterstützte es kommunistische Aufständische, vor allem in Westbengalen ("Naxaliten"), in Assam und in Nagaland.
- Viertens führte es eine heftige Propagandakampagne gegen Neu-Delhi, vor allem im Zusammenhang mit der indischen Kaschmir-, Bhutan-, Sikkim-, Bangla Desh- und Pakistanpolitik.

Zusammenfassend sind drei Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen:

- Dem Problem der Dritten Welt war, wie die Erfahrungen bis Mitte der sechziger Jahre gezeigt haben, mit "revolutionärer" Politik allein nicht beizukommen. "Welt-Antihegemonismus" - statt "Weltkommunismus" - ist der Schlüssel, mit dem, aus chinesischer Sicht, sich heute anscheinend fast sämtliche Aufgaben (Aufbau einer Vereinten Front der Dritten Welt gegen Hegemoniebestrebungen politischer und wirtschaftlicher Art) lösen lassen. Also: Kurswechsel von der "Revolution" zur anti-sowjetischen Interessenpolitik. Die Grenzen dieser "antihegemonialen Kooperation" liegen dort, wo Staaten der Dritten Welt eng mit Moskau zusammenarbeiten (z.B. Cuba, Indien und künftig möglicherweise auch Vietnam).
- Im Zeichen des Antihegemonismus werden Linke Strategien nach und nach durch Rechte Strategien zu ersetzen sein.
- Die revolutionäre Rhetorik wird gleichwohl weiterwirken dürfen. Hinter dem Vorhang des "verbalen Ritualismus" bleibt aber der geopolitisch bestimmte Grundsatz: Je näher zu China, desto "nationaler", je weiter entfernt, desto "revolutionärer".

4. Chinesische Strategien gegenüber der Dritten Welt

a) Strategien im Rahmen der "Dritte-Welt-Politik" der VR China

Die noch bis 1968 heikle Frage, ob China mit den etablierten Regierungen der Drittländer oder gegen sie arbeiten sollte, hat sich im Zeichen des allumfassenden "Antihegemonismus" tendenziell im ersteren Sinne beantwortet. Also:

- Rechte Strategie beim Kampf um den Abbau der Supermacht-Privilegien zugunsten einer weltweiten "Massenlinie" (Demokratisierung). Hauptschauplatz ist hier die UNO (Themen: Neues Seerecht, Abrüstung, Welt-Industriepolitik, Welt-Landwirtschaftspolitik, Welt-Entkolonialisierungspolitik, Welt-Ernährung, Welt-Bevölkerung, planetarische Umweltverschmutzung usw.)
- (Mangel an Konsequenz auf seiten Pekings: Die Zweite Welt wird nicht bekämpft, obwohl auch bei ihr noch Restprivilegien vorhanden sind.)

- Rechte Strategie beim Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung. Ruf nach "kollektiver Autarkie": Jedes Dritte-Welt-Land soll bei seiner Wirtschaftsentwicklung grundsätzlich auf eigenen Beinen stehen. Eigenständigkeit schließt Außenhandel sowie Annahme von Entwicklungshilfe nicht aus. Beide müssen allerdings in streng paritätischem Sinne, d.h. im Geist der "Gleichheit und Gegenseitigkeit" betrieben werden.

Gegen die Supermächte: Rohstoffkartelle nach dem OPEC-Schema als "politische Waffe".

(Mangel an Konsequenz auf seiten Chinas: Peking hat sich bisher keinem Rohstoff- oder Interessen- (Gruppe der 77) Kartell angeschlossen. Ferner hat China seine Außenhandelsbilanz bis 1972 nur deshalb aktiv gestalten können, weil es sein hohes Defizit im Handel mit westlichen Industrieländern durch die kommerziellen Beziehungen mit Ländern der Dritten Welt - sowie mit Hong Kong - wieder hat wettmachen können (Vorwurf: "Imperialismus aus Not") (30).

b) Kampf gegen den "peripheren Imperialismus" (z.B. Indiens) durch Rechte Strategie (Schaffung einer vereinten anti-indischen - damit letztlich anti-sowjetischen - Front der Nachbarstaaten gegen Indien; gleichzeitig Linke Strategie (Unterstützung der aufständischen Minoritäten sowie der Naxaliten). Kritik an der indischen Regierung vor indischem Publikum (Volksdiplomatie). Solange Indien mit der Sowjetunion "kollaboriert", wird China auf die Balkanisierung Südasiens und sogar Indiens (polyzentrische Aufstandsbewegungen) hinarbeiten.

c) Entwicklungshilfe, Außenhandel: vgl. oben a.

- 1) PRu 1975 Nr. 5, S. 14 ff.
- 2) NCNA 18.2.76
Der Ausdruck "KSA" wurde von Breschnew beim XXV. Parteitag der KPdSU nicht mehr verwendet. Dies bedeutet aber keine Änderung der Versuche Moskaus, einen "asiatischen Warschauer Pakt" aufzuziehen.
- 3) PRu 1974 Nr. 7, S. 16 ff.
- 4) Die ideologischen Differenzen zwischen Moskau und Peking sind systematisch abgehandelt in: Oskar Weggel, "Der ideologische Konflikt zwischen Moskau und Peking" aus: Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", 11.7.1970 (Nr. B 28/70).
- 5) PRu 1975 Nr. 33, S. 21 f.
- 6) Näheres zum Kampf Pekings gegen Moskaus Seewegestrategie in C.a. April 1972, S. 10 ff., und Juni 1972, S. 13 ff (Aufsätze des Verfassers).
- 7) Systematisch: Oskar Weggel, "Moskau und Peking: Die ersten Jahre der Zweiten Eiszeit" in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" vom 27.10.1973, B 43/73 S. 1-29
- 8) Abgedruckt in "VR China, Bollwerk des Friedens, amerikanische Studenten interviewen Chou En-lai", Westberlin 1972, S. 61;64
- 9) Näheres hierzu: Oskar Weggel, "Zur Lage im Indischen Ozean (Peking und die Pläne um Diego Garcia)", C.a. Mai 1974, S. 240-248
- 10) Vgl. hierzu C.a. September 1974, S. 554-556, und das Künming-Dokument in C.a. 1974, S. 508-510
- 11) NCNA 1.1.1976
- 12) Näheres C.a. März 1975, Ü 21, und NCNA, 2.2.1975
- 13) PRu 1969 Nr. 7, S. 21-24
- 14) Näheres zur TECHNOGERMA in "Die TECHNOGERMA Peking 1975" von Franz Reinbold in "Wirtschaftspartner China, Analysen, Daten, Dokumente, Hintergründe" "Zweite

Auflage, herausgegeben vom Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Asienkunde Hamburg, 1975, S. 100-106

- 15) vgl. hierzu ausführlich mit Nachweisen Oskar Weggel, "Zum neuen Verhältnis China - Japan. Die Mitgift Japans: "Militarismus" und "Neokolonialismus", C.a. Sept. 1972, S. 16 - 20
- 16) ebd., S. 18 ff. mit Nachweisen
- 17) Hakan Hedberg, "Die japanische Herausforderung" Knaur-Taschenbuchausgabe Juli 1972, S. 135.
- 18) in diesem Sinne etwa PRu 1970, S. 36, Nr. 7
- 19) Vgl. FN 15
- 20) Näheres C.a. 1976, S. 851 Ü 39
- 21) Vgl. hierzu etwa PRu 1974 Nr. 13, S. 23; ausführlich zur Problematik Oskar Weggel, "Zur Armut in der Dritten Welt: Ursachen und Therapie", C.a. Mai 1974, S. 228 - 236 (231 f.)
- 22) Grundsatzreden chinesischer Repräsentanten in PRu 1974 Nr. 15, S. 8;13 und ebenda S. 29-31
- 23) Näheres hierzu mit Nachweisen: Weggel, a.a.O., S. 232. Ferner: "Immer mehr wird die Weltgeschichte zum Werk der Dritten Welt", JMJP 26.9.73
- 24) Konrad Seitz, "Die Dritte Welt als neuer Machtfaktor der Weltpolitik", Europa-Archiv 1975, S. 213-226 (220)
- 25) PRu 1975 Nr. 40, S. 16ff.
- 26) Näheres zu diesem Thema: Oskar Weggel, "Laos: Straßen - diplomatie und Balance-Politik der VR China gegenüber der DVR Vietnam" in C.a. Mai 1975, S. 235 ff.
- 27) Zu den verschiedenen Rechtsauffassungen hinsichtlich des Grenzverlaufs vgl. Yu-hsi Nieh: "Das indisch-chinesische Grenzproblem, Neue Gesichtspunkte", Nr. 43 der "Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg" 1971
- 28) Näheres C.a. Mai 1975, Ü 13, ferner Oskar Weggel: "Erneute indisch-chinesische Spannungen in der Himalaya-Region", C.a. Dezember 1974 S. 760 ff.; zur Bhutan-Frage vgl. C.a. August 1974 S. 476 ff.
- 29) Nähere Angaben über Entwicklungshilfe-, Waffenhilfe- und Planungshilfeleistungen der Sowjetunion an Indien und Näheres auch über die Schlüsse, die China aus dieser indisch-sowjetischen Kooperation zieht, in PRu 1972 Nr. 2, S. 19 und 21
- 30) Zahlen und Argumente vgl. Rüdiger Machetzki, Die aktive Handelsbilanz der VR China: "Imperialismus aus Not? ", C.a. 1974, S. 422-424.